



Policy Brief #2019/04

Robert Lehmann, Dominic Ponattu, Torben Stühmeier

Wohlstand in Gefahr? Produktivitäts- und Innovationslücken der Bundesländer

Künftig müssen weniger Erwerbstätige mehr erwirtschaften, um das vergangene Wachstum des Lebensstandards zumindest aufrecht zu erhalten. Dafür müssen Produktivität und Innovationskraft in Deutschland stärker zulegen als bisher – andernfalls droht eine Halbierung des Potenzialwachstums bis 2035. Doch die erforderlichen Anstrengungen unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern.

In nahezu allen Industrienationen nimmt das Wachstum der Arbeitsproduktivität ab. Dies gilt gleichermaßen für Deutschland (vgl. SVR, 2018). Doch durch den demografischen Wandel könnte sich die Abnahme des Produktivitätswachstums in Deutschland besonders stark auswirken. Denn in Zukunft müssen immer weniger Erwerbstätige immer mehr erwirtschaften – sie müssen also produktiver werden, um das derzeitige Wachstum des Lebensstandards zumindest zu halten.

Doch nicht allein der demografische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen. Auch die Megatrends der Globalisierung und Digitalisierung führen zu Veränderungen in ganzen Wirtschaftsbereichen. Je nach Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur betreffen diese Herausforderungen die deutschen Bundesländer in unterschiedlichem Maße.

Wie stark sind die einzelnen Bundesländer schon jetzt von diesen Trends betroffen, welche Entwicklungen sind in der Zukunft zu erwarten?

In der Studie „Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer“ wird diese Frage mithilfe mehrerer Szenarien für die deutschen Bundesländer bis in das Jahr 2035 näher untersucht. Die Studie knüpft damit an die Arbeiten von Grömling (2017) für Deutschland an.

In einem Basisszenario, welches die aktuellen Entwicklungen für jedes Bundesland bis ins Jahr 2035 fortschreibt, zeigen wir auf, welches poten-

tielle Wirtschaftswachstum und ein damit einhergehender Anstieg des Lebensstandards zu erwarten ist. In den meisten Bundesländern entsteht eine sogenannte „Produktivitätslücke“. Diese gibt an, wie stark die Arbeitsproduktivität steigen muss, um den zukünftigen demografischen Rückgang der Erwerbstätigen zu kompensieren. Hiervon sind insbesondere die ostdeutschen Flächenländer betroffen. Aber auch die strukturschwächeren westdeutschen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz stehen vor ähnlich großen Herausforderungen.

In einem weiteren Szenario untersuchen wir, was getan werden muss, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ostdeutschland und den (teil-

weise) strukturschwachen westdeutschen Bundesländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, herbeizuführen – und diese Anstrengungen sind erheblich. Die sogenannte Totale Faktorproduktivität (TFP), ein Maß für das technologische Niveau und die Innovationskraft, muss teilweise mehr als doppelt so stark steigen wie in der Vergangenheit, um die entstehende „Innovationslücke“ zu schließen und die Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen. In diesem Policy Brief stellen wir die Kernergebnisse der o. g. Studie vor (vgl. Gillmann et al., 2019).

Bestandsaufnahme für die deutschen Bundesländer bis 2017

Wie sieht das Bild derzeit aus, wo stehen wir? Dazu betrachten wir die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der einzelnen Bundesländer von 1991 bis 2017. Als zentralen Indikator

wählen wir den Lebensstandard, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner.

Die deutschen Bundesländer unterscheiden sich deutlich im Niveau des Lebensstandards. So lag der bayerische Lebensstandard im Jahr 2017 um mehr als 16 Prozent über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Es folgen Baden-Württemberg (15

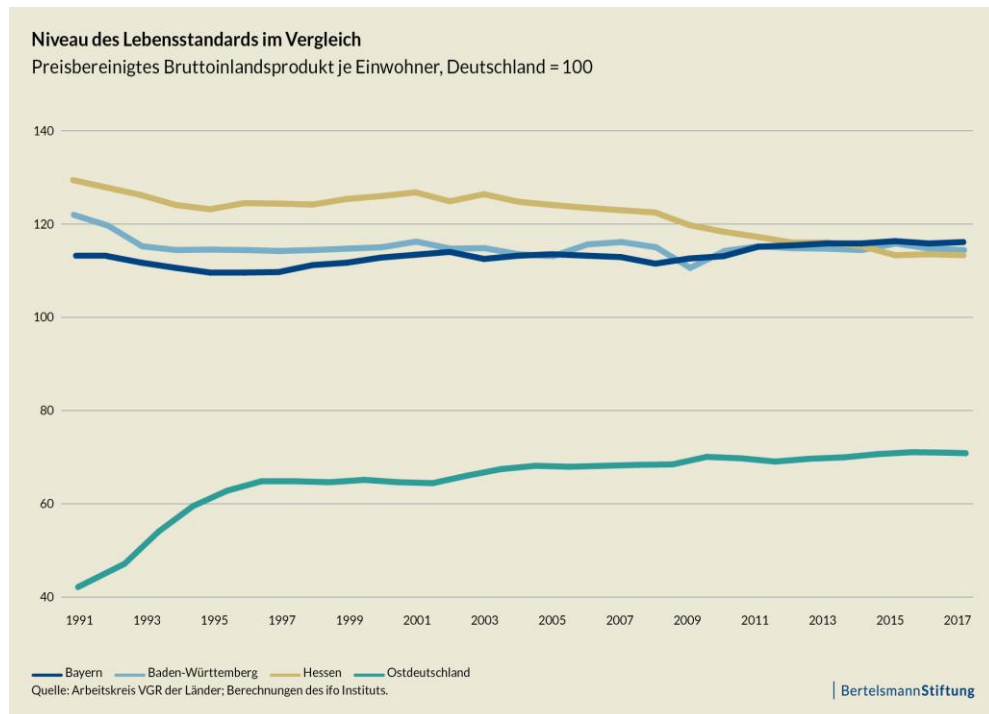


Abbildung 1: Niveau des Lebensstandards im Vergleich, 1991-2017

Prozent über dem Durchschnitt) und Hessen (13 Prozent über dem Durchschnitt). Die Stadtstaaten nehmen wir von der Betrachtung aus, da deren Wirtschaftsleistung erheblich durch Ein- und Auspendler beeinflusst ist.

Markant ist die Entwicklung Ostdeutschlands. Während die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung durch einen erheblichen Aufholprozess gekennzeichnet waren, ist der Angleichungsprozess seit jeher nur marginal vorangeschritten oder gar zum Erliegen gekommen (vgl. Ragnitz, 2015, 2016), wie in Abbildung 1 dargestellt. Demnach kann auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht von der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ die Rede sein. Im Jahr 2017 lag der Lebensstandard der ostdeutschen Flächenländer um rund 29 Prozent unter dem Niveau von Deutschland insgesamt.

BIP-Wachstum bis 2017

Eine entscheidende Bestimmungsgröße für den zukünftigen Lebensstandard ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Wir betrachten hier den Zeitraum von 1996 bis 2017, um mögliche Sondereffekte nach der Wiedervereinigung auszublenken. Über den gesamten Beobachtungszeitraum wuchs das preisbereinigte BIP in Westdeutschland um durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr, in Ostdeutschland um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr, sodass auch hier ein leichtes Auseinanderdriften beider Landesteile zu erkennen ist.

Die Bundesländer unterscheiden sich markant in ihrer Wirtschaftsstruktur. So gilt Berlin als überdurchschnittlich dienstleistungsorientiert, während etwa Baden-Württemberg den höchsten Industrialisierungsgrad unter den deutschen Bundesländern aufweist. Diese wirtschaftsstrukturellen Unterschiede spiegeln sich unmittelbar im Wirtschaftswachstum wider.

Spitzenreiter beim durchschnittlichen Wirtschaftswachstum ist das Bundesland Bayern,

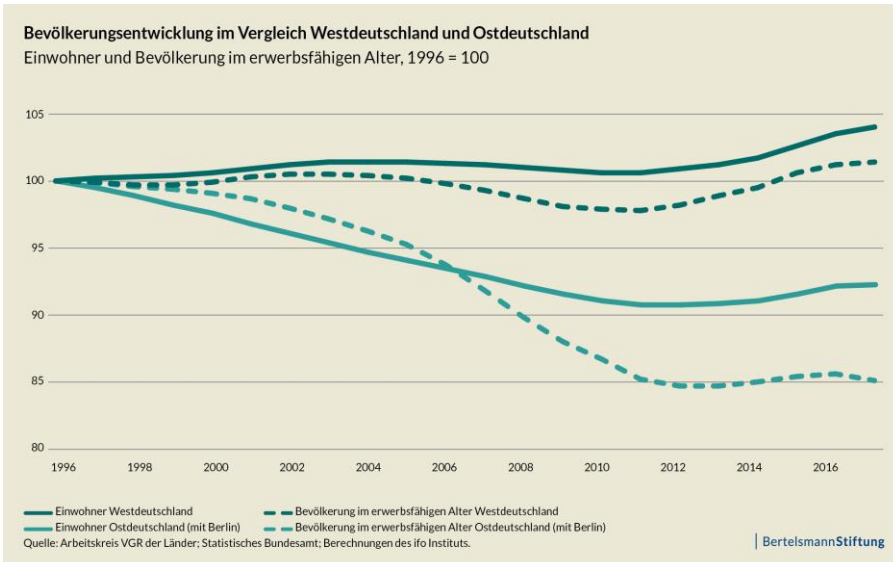


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung im Vergleich, 1996-2017

dessen Wirtschaft in den Jahren 1996 bis 2017 durchschnittlich um 2,0 Prozent expandierte. Darauf folgen Baden-Württemberg und Thüringen mit durchschnittlich 1,7 Prozent bzw. 1,6 Prozent jährlichem Zuwachs. Die Schlusslichter bilden Mecklenburg-Vorpommern (1 Prozent), Sachsen-Anhalt und das Saarland (jeweils 0,9 Prozent).

Demografische Entwicklung

Abbildung 2 verdeutlicht die unterschiedliche demografische Entwicklung zwischen der gesamten Einwohnerzahl und der erwerbsfähigen Bevölkerung (Personen im Alter von 15 bis 67 Jahren) im Zeitraum 1996 bis 2017 für West- und Ostdeutschland. Zwei Entwicklungen sind hier besonders bemerkenswert. Erstens sind die Gesamtbevölkerung und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland (mit Berlin) stärker geschrumpft als in den westdeutschen Bundesländern. In Westdeutschland ist die Bevölkerungszahl gegenüber dem Jahr 1996 merklich gestiegen, auch bedingt durch die seit 2015 verstärkt eingesetzte Zuwanderung.

Zweitens ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der ostdeutschen Bundesländer insgesamt in viel stärkerem Maße geschrumpft als die Gesamtbevölkerung. In Ostdeutschland lebten im Jahr 2017 mehr als 1,3 Mio. Personen weniger als im Jahr 1996; dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 7,7 Prozent. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sank im gleichen Zeitraum sogar um 1,9 Mio. Personen bzw.

14,8 Prozent. Demgegenüber stieg die Bevölkerungszahl in Westdeutschland um mehr als 2,5 Mio. Personen bzw. 4,0 Prozent an; die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter stieg marginal um etwa 660.000 Personen bzw. 1,4 Prozent – wobei hier die erhöhte Zuwanderung eine maßgebliche Rolle spielt.

Noch größer sind die Unterschiede auf der Ebene der einzelnen Bundesländer. Während insbesondere die wirtschaftsstarke Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie die Stadtstaaten Hamburg und Berlin in den 21 Jahren des Beobachtungszeitraums ein Bevölkerungsplus von bis zu 10 Prozent verbuchen konnten, ging die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern um annähernd 11 Prozent, in Sachsen-Anhalt sogar um rund 18 Prozent zurück.

Projektion für die deutschen Bundesländer

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Projektion zukünftiger Entwicklungen. In der Studie betrachten wir ein Basisszenario und vier unterschiedliche Alternativszenarien. Hier stellen wir zwei Szenarien vor.

Im Basisszenario schreiben wir die derzeitigen wirtschaftlichen und demografischen Trends in den einzelnen Bundesländern anhand historischer Durchschnitte fort. In einem alternativen Szenario untersuchen wir, welche Entwicklungen notwendig sind, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den ostdeutschen Flächenländern und den (teilweise) strukturschwachen westdeutschen Bundesländern zu erreichen. Das Basisszenario ist somit eine eher konservative Schätzung und zugleich das von uns als am wahrscheinlichsten erachtete Szenario. Der wesentliche Treiber der Entwicklungen in diesem Szenario ist die Entwicklung der Einwohner und der erwerbsfähigen Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern.

Gemäß unserer Projektion bleibt die Zahl der Einwohner in Deutschland bis 2028 annähernd konstant und folgt dann einem leichten Abwärtstrend. Dieser Trend setzt sich zusammen aus einer linearen Abnahme in Ostdeutschland und einem schwächeren Rückgang in Westdeutschland. Während die Einwohnerzahl im Projektionszeitraum in Hamburg und Berlin zunimmt, in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen im Durchschnitt ungefähr konstant bleibt und auch in Schleswig-Holstein und Bremen zuerst noch positiv ist, nimmt die Bevölkerungszahl in allen anderen Bundesländern im Zeitverlauf überdurchschnittlich stark ab.

Die erwerbsfähige Bevölkerung in Deutschland nimmt im gesamten Projektionszeitraum deutlich ab. Dieses Bild zeigt sich sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland. Eine weniger starke Abnahme verzeichnen Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Hessen. Ausnahmen vom allgemeinen Abwärtstrend sind Berlin und Hamburg, in denen die erwerbsfähige Bevölkerung im Projektionszeitraum zunächst zunimmt

und dann rückläufig sein dürfte.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bleibt zunächst bis ins Jahr 2024 annähernd konstant. Hierbei übersteigt die Ausweitung der Erwerbstätigenquote den negativen Trend der erwerbsfähigen Bevölkerung. Zum Ende des Projektionszeitraums überwiegt dann der negative demografische Effekt und die Anzahl der Erwerbstätigen folgt der abnehmenden Dynamik der erwerbsfähigen Bevölkerung. Auch dieses Bild zeigt sich sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland. Der Rückgang zum Ende des Projektionszeitraums fällt etwas ausgeprägter in allen strukturschwachen Bundesländern aus. Diese sind Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Positiver verläuft die Entwicklung in den strukturstarke Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Ausnahmen bilden Berlin und Hamburg, in denen die Zahl der Erwerbstätigen fast den ganzen Projektionszeitraum über ansteigen dürfte.

Basisszenario: Fortschreibung der Trends

Im Basisszenario werden die historischen Trends der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung unter bestimmten Annahmen fortgeschrieben; Details sind in der Studie einsehbar (vgl. Gillmann et al., 2019). Demnach dürfte die deutsche Wirtschaft im Projektionszeitraum insgesamt pro Jahr um durchschnittlich 0,7 Prozent wachsen – das Potentialwachstum wird sich also im Vergleich zur Vergangenheit in etwa halbieren.

Die Projektion des Lebensstandards und der Arbeitsproduktivität für das gesamte Bundesgebiet wird in Abbildung 3 dargestellt.

Zu Beginn des Projektionszeitraums wächst der Lebensstandard schneller als die Arbeitsproduktivität. Dies ändert sich jedoch Anfang der 2020er-Jahre. Der einsetzende Rückgang der Erwerbstätigkeit wird insoweit zum Teil dadurch kompensiert, dass die Arbeitsproduktivität stärker zunimmt.

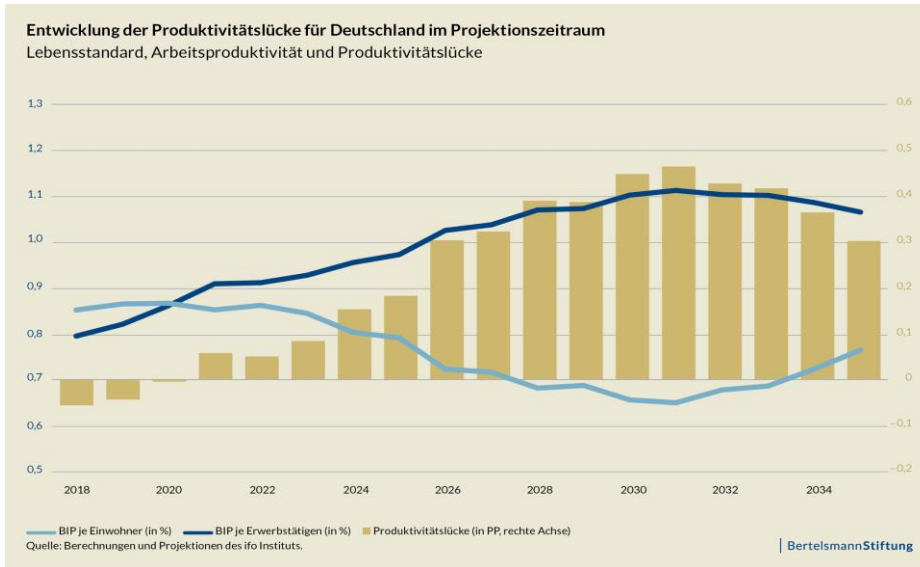


Abbildung 3: Entwicklung der Produktivitätslücke für Deutschland im Projektionszeitraum

Die Differenz zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Zunahme des Lebensstandards wird hier als Produktivitätslücke bezeichnet. Sie gibt also an, wie stark die Arbeitsproduktivität pro Jahr zusätzlich steigen müsste, um ein vorgegebenes Wachstumsziel (etwa den derzeitigen Lebensstandard) zu erreichen – und somit den Rückgang der Erwerbstätigen zu kompensieren.

In unserer Projektion beträgt die Produktivitätslücke im Durchschnitt 0,2 Prozentpunkte pro Jahr. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Produktivitätslücke der Jahre 1995 bis 2017 betrug -0,6 Prozentpunkte, was gleichbedeutend dafür steht, dass der Produktivitätsanstieg mehr als ausreichend war, um den Lebensstandard zu erhöhen. In der Projektion muss damit gerechnet werden, dass der Produktivitätsanstieg nicht mehr ausreichen wird, um den Lebensstandard im gleichen Maße steigen zu lassen. Die demografische Belastung wird daher in erheblichem Maße zunehmen, die Kompensation durch mehr Produktivität bleibt – ceteris paribus – aus.

Welche Herausforderungen ergeben sich für die einzelnen Bundesländer? Tabelle 1 stellt die Veränderung ausgewählter Kennzahlen im Basisszenario dar. Nach unserer Projektion wird die Wirtschaft in Berlin

und Bayern jahresdurchschnittlich am kräftigsten expandieren. Allerdings fällt das Potentialwachstum in allen Bundesländern im Projektionszeitraum deutlich schwächer als in der Vergangenheit aus. Ebenso nimmt die Dynamik über die Zeit ab. In Sachsen-Anhalt, dem Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern dürfte die Wirtschaftsleistung

im Projektionszeitraum sogar etwas zurückgehen, was maßgeblich auf die sich verschärfenden demografischen Bedingungen ab Mitte der 2020er-Jahre zurückzuführen ist.

Im Projektionszeitraum dürfte der Lebensstandard im Freistaat Sachsen jahresdurchschnittlich am stärksten zunehmen. Das Saarland dürfte im selben Zeitraum die geringste jahresdurchschnittliche Steigerung des Lebensstandards erfahren. Im Basisszenario ergibt sich die Zunahme des Lebensstandards in den meisten Fällen aus einer Kombination des Wirtschaftswachstums und des Bevölkerungsrückgangs.

Ausnahmen sind lediglich die süddeutschen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie die Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Da hier die Einwohnerzahl zunimmt, wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts auf insgesamt mehr Köpfe verteilt, mit der Folge, dass die Zunahme des Lebensstandards hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung insgesamt zurückbleibt.

	Bruttoinlandsprodukt S2 (in %)	Bruttoinlandsprodukt S0 (in %)	Lebensstandard S2 (in %)	Lebensstandard S0 (in %)	Arbeitsproduktivität S2 (in %)	Arbeitsproduktivität S0 (in %)	Produktivitätslücke S2	Totale Faktorproduktivität (in %) S2	Historische Totale Faktorproduktivität (in %)
Brandenburg	1,8	0,5	2,2	0,8	2,7	1,3	0,5	1,9	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	-0,1	2,5	0,5	3,3	1,3	0,8	2,6	0,7
Sachsen	1,3	0,7	1,7	1,1	1,9	1,3	0,2	1,6	1,0
Sachsen-Anhalt	1,4	-0,2	2,3	0,7	2,6	1,0	0,4	2,3	0,7
Thüringen	1,3	0,3	1,9	0,9	2,5	1,5	0,6	2,0	1,0

Bei allen Angaben handelt es sich um Durchschnitte im Projektionszeitraum (2018 bis 2035). Abweichungen in den Differenzen sind rundungsbedingt.
Quelle: Berechnungen und Projektionen des ifo Instituts. BertelsmannStiftung

Tabelle 1: Veränderung ausgewählter Kennziffern Ostdeutschlands im Alternativszenario 2

In Hessen bleibt die Einwohnerzahl im Projektionszeitraum im Durchschnitt konstant. Die Zunahme des Lebensstandards ist hier also maßgeblich auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern schließlich schrumpft die Wirtschaftsleistung im Projektionszeitraum pro Jahr leicht. Aufgrund des im Vergleich zum Wirtschaftswachstum stärkeren Bevölkerungsrückgangs steigt der Lebensstandard aber auch hier weiter an.

Für die Bundesländer ergeben sich unterschiedlich Herausforderungen. In Berlin ist die Produktivitätslücke mit -0,1 Prozent sogar negativ, was auf den starken projizierten Anstieg der Erwerbsbevölkerung zurückzuführen ist. In den restlichen Bundesländern schrumpft die Zahl der Erwerbstätigen stärker als die Zahl der Einwohner, so dass die Produktivität pro Erwerbstätigen steigen muss, um den projizierten Anstieg des Lebensstandards zu gewährleisten. Herausforderungen ergeben sich in beiden Landesteilen. In den strukturschwachen westdeutschen Regionen Saarland und Rheinland-Pfalz entsteht eine in etwa gleich große Produktivitätslücke wie in den strukturschwachen ostdeutschen Regionen Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Die größte Produktivitätslücke entsteht in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,8 Prozent, was auf den starken Rückgang der Erwerbstätigen zurückzuführen ist.

Alternativszenario: Konvergenz des Lebensstandards

Dieses Szenario untersucht, welche Entwicklungen notwendig sind, damit der Lebensstandard der ostdeutschen Flächenländer bis zum Ende des Projektionszeitraums zum durchschnittlichen Niveau der strukturschwachen westdeutschen Bundesländer konvergiert.

Damit die Konvergenz des Lebensstandards erreicht werden kann, müsste das BIP je EW in den ostdeutschen Flächenländern jahresdurchschnittlich deutlich stärker steigen als im Basisszenario – im Freistaat Sachsen um jahresdurchschnittlich 1,7 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern sogar um 2,5 Prozent.

In Bezug auf die Arbeitsproduktivität lassen sich die ostdeutschen Bundesländer in zwei Gruppen aufteilen. Sachsen und Thüringen brauchen ähnlich wie beim Lebensstandard im Vergleich zum Basisszenario einen zusätzlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 0,6 Prozent bzw. 1,0 Prozent. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt müssten ihr jahresdurchschnittliches Arbeitsproduktivitätswachstum hingegen etwas mehr als verdoppeln.

Damit der Lebensstandard der ostdeutschen Flächenländer an das Niveau der strukturschwachen westdeutschen Länder konvergiert, muss ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum erreicht werden als im Basisszenario. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stehen hier vor den größten Anstrengungen. Dort muss das BIP pro Kopf um 1,5 bzw. fast zwei Prozentpunkte höher liegen als im Basisszenario. Die anderen ostdeutschen Bundesländer stehen in dieser Hinsicht etwas besser dar.

Wie kann ein solches Wirtschaftswachstum erreicht werden? Der wesentliche Treiber ist wohl der technische Fortschritt. Aus diesem Grund wird im Folgenden die notwendige Innovationslücke aufgezeigt, die zur Konvergenz des Lebensstandards benötigt wird (vgl. Abbildung 4). Diese gibt an, wie viel technologisches Wachstum ein Bundesland insgesamt bräuchte, um die gegebene Produktivitätslücke zu schließen und das Niveau seines Lebensstandards auf den Durchschnitt der strukturschwachen westdeutschen Bundesländer zu heben.

Die größten Herausforderungen ergeben sich für Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Letzteres benötigt mehr als das Doppelte der jeweiligen historischen Zuwachsraten: Hier müsste die TFP anstatt des historischen Wachstums von 0,7 Prozent im Projektionszeitraum jahresdurchschnittlich um 2,6 Prozent wachsen, wie Abbildung 4 darstellt. Etwas besser stehen Sachsen und Thüringen dar, wenngleich auch hier das Wachstum der TFP fast doppelt so stark sein müsste. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden demografischen Rahmenbedingungen und vor allem der derzeitigen niedrigen Wachstumsraten der TFP muss dies wohl als eher unwahrscheinlich erachtet werden.



Abbildung 4: Notwendiger technischer Fortschritt zur Konvergenz des Lebensstandards

Fazit

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen auf, dass die demografische Entwicklung einen höheren Produktivitäts- und Innovationsbedarf erforderlich macht. Wirtschaftspolitisch kann mit Maßnahmen gegengesteuert werden. Für den Faktor Arbeit liegt in der Steigerung der Erwerbsquote eine wichtige Maßnahme – welche jedoch nicht mehr unbegrenzt möglich ist, da schon heute hohe Erwerbsquoten in den Bundesländern zu beobachten sind. Jedoch könnte die derzeit diskutierte gezielte Fachkräftezuwanderung Abhilfe schaffen.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität abzielen. Besonders jene Maßnahmen sind vielversprechend, die die negativen Effekte des Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials abfedern oder gar kompensieren. Ein möglicher Weg besteht darin, die Qualität der eingesetzten Arbeitskräfte zu verbessern, also vermehrt in (Weiter-)Bildung zu investieren. Der alternative Weg besteht darin, zusätzliche komplementäre Produktionsfaktoren verfügbar zu machen, also in erster Linie zusätzliches Sach- oder Wissenskapital. Dies wäre gleichbedeutend entweder mit einer stärkeren Kapitalintensivierung der Produktion, also einer höheren Investitionsquote, oder mit einer Stärkung des technischen Fortschritts – Maßnahmen, die jeweils positiv auf das Produktivitätswachstum einzahlen und somit den Rückgang des Arbeitskräftepotenzials kompensieren können.

Beides ist möglich, wenn die Investitionen zulasten des privaten und öffentlichen Konsums ausgeweitet werden. Um dies zu erreichen, ist eine

stärkere Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik auf eine Wachstumsorientierung erforderlich. Hier ist vor allem an eine Stärkung der Innovationskraft zu denken, die deshalb eine deutlich höhere politische Priorität erhalten sollte als bisher. Dies gilt gerade auch für struk-

turschwache Regionen, die auch laut dieser Studie künftig in erheblichem Maße Produktivitäts- und Innovationsbedarfe aufweisen werden. Eine bessere regionale Vernetzung von Unternehmen und Hochschulen (auch im Rahmen einer neuen Clusterpolitik) könnte hier zu einer höheren Innovationsfähigkeit und letztlich zu einem breiten Produktivitätswachstum beitragen.

Ausführliche Studie

Gillmann, N., R. Lehmann, J. A. Nauerth, D. Ponattu, J. Ragnitz, J. Sonnenburg und M. Weber (2019). *Wachstum und Produktivität 2035*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Literatur

- Grömling, M. (2017): Die demografisch bedingte Innovationslücke in Deutschland: Ausmaß und Handlungsoptionen, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.
- Ragnitz, J. (2015), Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung – Kann die ‚Angleichung der Lebensverhältnisse‘ noch gelingen? Berliner Debatte Initial 26 (2), S. 5–16.
- Ragnitz, J. (2016), Eine wirtschaftspolitische Agenda für die ostdeutschen Länder, ifo Dresden berichtet 23 (4), S. 18–28.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2018), Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, Jahresgutachten 2018/2019, Wiesbaden.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Armando Garcia Schmidt
Telefon: +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © SFIO CRACHO - stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Dr. Robert Lehmann
ifo Institut München
ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen
lehmann@ifo.de
Telefon: +49 89 9224-1652

Dr. Dominic Ponattu
Programm Europas Zukunft
Bertelsmann Stiftung
dominic.ponattu@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81-81495

Dr. Torben Stühmeier
Programm Nachhaltig Wirtschaften
Bertelsmann Stiftung
torben.stuehmeier@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81-81432

ISSN: 2191-2459